

Fünf Fragen an ... Dr. Carola Reimann

Braunschweiger SPD-Abgeordnete tritt erneut bei der Bundestagswahl im September 2017 an

Carola, du bist schon viele Jahre Mitglied im Deutschen Bundestag. Zugleich bist du als stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende zuständig für den großen Bereich Arbeit und Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wie bewertest du aus deiner Sicht die Arbeit der SPD in der Großen Koalition mit der Union?

Ja, ich bin seit dem Jahr 2000 Bundestagsabgeordnete. Das ist mein absoluter Traumjob. Deshalb möchte ich ihn auch sehr gerne weitermachen.

Ich war lange im Bereich Gesundheitspolitik unterwegs. Seit der letzten Bundestagswahl bin ich Stellvertreterin von Thomas Oppermann und für die Bereiche Arbeit und Soziales und Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständig.

Wenn wir von der Arbeit der SPD in der Großen Koalition sprechen, fällt meine Bilanz sehr positiv aus. Wir haben unser Bestes gegeben und wirklich viel für die Menschen in unserem Land erreicht. Ohne uns gäbe es keinen Mindestlohn und keine Frauenquote. Wir haben bessere Renten durchgesetzt und für mehr BAföG, mehr Kindergeld und mehr Kitaplätze gesorgt. Diese Liste könnte ich noch weiter fortführen, aber es geht ja nicht darum, sich auf dem Erreichten auszuruhen, sondern nach vorne zu schauen.

Dass die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in den vergangenen dreieinhalb Jahren alles andere als leicht war, liegt auf der Hand. Es gibt oftmals einfach sehr große inhaltliche Differenzen. Da dann einen Kompromiss zu finden, kostet viel Zeit und manchmal auch Nerven.

Du kandidierst ja am 24. September im Wahlkreis 50, also Braunschweig, wieder für den Bundestag. Was sind aus deiner Sicht die drängendsten Themen, denen sich Bundestag und Bundesregierung stellen sollten?

Nach der Bundestagswahl müssen wir vor allem zuerst etwas in Sachen Bildung unternehmen. Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft. Wir wollen bis 2021 die Schulen sanieren und modernisieren, ein verlässliches Ganztagsangebot verwirklichen und den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit gewährleisten. Und für uns Sozialdemokraten ist immer klar: Bildung muss gebührenfrei sein - von der Kita bis zur Hochschule.

Auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ganz wichtiges. Wenn Martin Schulz Kanzler wird, wird es die Familienarbeitszeit geben. Dieses Konzept ist die richtige Antwort auf die

zunehmenden Zeitkonflikte vieler Frauen und Männer in unserem Land. Voll im Beruf sein, immer Leistung bringen und sich zugleich aufmerksam und liebevoll um Kinder und vielleicht auch um pflegebedürftige Angehörige kümmern - da stößt man schnell an Grenzen. Aber ich kann natürlich nicht in die Glaskugel schauen und die Zukunft voraussagen. In der Politik muss oftmals schnell auf aktuelle Ereignisse reagiert werden. Wer hätte denn im letzten Bundestagswahlkampf 2013 gedacht, dass uns wenig später der große Zustrom an Flüchtlingen beschäftigen würde? Deshalb kann im



Carola Reimann ist seit 2000 Bundestagsabgeordnete. Foto: privat

Oktober auch etwas ganz anderes auf der Tagesordnung stehen.

Und wo siehst du deine persönlichen Schwerpunkte?

Mein größter Schwerpunkt ist Braunschweig. Meine Aufgabe als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete ist es, die Interessen, Anliegen und Sorgen der Menschen aus meinem Wahlkreis wahrzunehmen und nach Berlin zu transportieren. Was ich in Braunschweig erfahre und erlebe, ist die Basis für mein politisches Handeln.

In Berlin liegen meine Schwerpunkte in den beiden Bereichen, für die ich als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion zuständig bin: Arbeit und Soziales und Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das sind ganz wichtige Zukunftsthemen. Hier geht es um den Alltag der Menschen. Das fängt an bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen und geht bis hin zur Verbesserung der Situation

Für Kritik und Anregung
info@spd-bs-nordstadt.de

Informationen zur SPD in der Nordstadt unter
www.spd-bs-nordstadt.de

von Alleinerziehenden. Außerdem kümmere ich mich im Bundestag mit Leidenschaft um alle ethischen Themen. Zuletzt habe ich mich in der Debatte um die Sterbehilfe engagiert.

Wenn du jetzt einmal die Entwicklung der letzten vier Jahre in Braunschweig und natürlich auch in der Nordstadt Revue passieren lässt: Was hat sich zum Positiven verändert, wo siehst du Entwicklungspotentiale?

Es ist schön zu sehen, dass die SPD die treibende Kraft in der Stadt ist. Für Braunschweig ist bezahlbarer Wohnraum ein zentrales Thema. Freie und vor allem bezahlbare Wohnungen sind bei uns derzeit Mangelware. Eines der größten Wohnungsbaugelände entsteht gerade in der Nordstadt im Bereich Taubenstraße/Mitgaustraße. Die SPD hat mit dafür gesorgt, dass 20 Prozent der geplanten Wohnungen als Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Das ist für die Nordstadt eine Herausforderung, aber gleichzeitig auch eine große Chance.

Wenn du zwei Wünsche frei hättest: Was würdest du dir politisch für Braunschweig wünschen und was wünschst du dir für dich ganz persönlich?

Für Braunschweig wünsche ich mir, dass die Stadt so lebenswert bleibt und dass schnell der dringend benötigte Wohnraum geschaffen wird. Für mich persönlich wünsche ich mir Gesundheit und dass ich auch nach dem 24. September die Interessen der Bürgerinnen und Bürger weiter in Berlin vertreten darf.

Das Interview führte Jens Dietrich

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Nordstadt im Unterbezirk Braunschweig

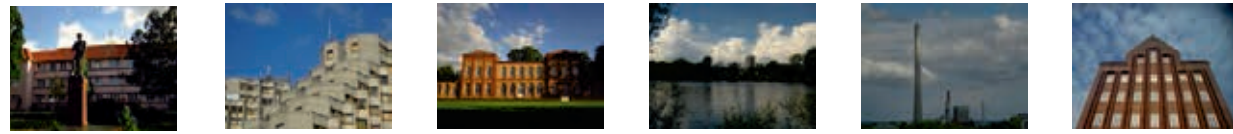
V.i.S.d.P.: Jens Dietrich, Brunhildensstraße 23, 38112 Braunschweig

Redaktion: Jens Dietrich, Enrico Hennig, Peter Kranz, Jan Müller, Nicole Palm, Frederik Pannen, Andrea Thiele

Mit Namen gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Layout: Peter Kranz, Andrea Thiele

Druck: BS Print DigitalRepro GmbH



Bebauungsplan Hamburger Straße-Südost

Nördlich des Rebenrings sollen zwei neue Gebäude entstehen

Auf dem Gebiet nördlich des Rebenrings, in dem vormals die Druckerei und die Redaktion der Braunschweiger Zeitung zuhause waren, tut sich Einiges. Im März diesen Jahres haben sowohl der Bezirksrat Nordstadt als auch der Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Braunschweig dem Bebauungsplan „Hamburger Straße Südost“ (HA 132) zugestimmt. Die Entwürfe lagen gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich aus, sodass sie jeder Bürger einsehen konnte.

Doch was genau ist auf den Teilbereichen geplant, auf denen zuvor die Druckerei und die Redaktion der Braunschweiger Zeitung zuhause waren?

Im südlichen Teil sollen zwei Gebäude neu gebaut werden. Es entstehen sowohl ein Görges als Vollsortimenter und ein Discounter. Als Discounter ist Aldi vorgesehen, der dann seinen jetzigen Standort vom Mittelweg etwas weiter westlich verlagert. Im nördlichen Teil sollen die bestehenden Bürogebäude erhalten bleiben. Im Nordosten wird eine neue Parkpalette entstehen, um sicherzustellen, dass auch für die gewerblich genutzten Bestandsgebäude ausreichende Parkmöglichkeiten vorhanden sein werden. Parkplätze für den erweiterten Einzelhandel werden zwischen den neuen Gebäuden im Süden und den bestehenden Gebäuden im Norden geschaffen. Die Ein- und Ausfahrt zum gesamten Gelände ist über den Nordwesten geplant (siehe Grafik Vorhaben- und Erschließungsplan weiter unten).

Ein Grund für die großen Flächen für den Einzelhandel (insgesamt sind es 3.655 m²) ist das Wohnungsbauprojekt im nördlichen Ringgebiet.

Andrea Thiele



Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss der Bezirksrat im November 2016 die Finanzierung von zwei neuen Toren für den Bolzplatz Warnekamp im Schwarzen Berg.

Veränderungen durch neue Hauptfeuerwache

Tunicastraße und Hasenwinkel demnächst Einbahnstraßen

Die Hauptfeuerwache an der Feuerwehrstraße wird in den nächsten Jahren umgestaltet und ausgebaut. Der Neubau des Führungs- und Lagezentrums der Feuerwehr auf dem ehemaligen Bolz- und Spielplatz an der Ecke Tunicastraße macht es notwendig das gesamte Gelände nach der Erweiterung einzufrieden. Nur so ist eine uneingeschränkte Einsatzbereitschaft der Feuerwehr in Notfällen garantiert. Der Vorplatz muss entsprechend umgestaltet werden und dadurch besteht nach Vollendung der Baumaßnahmen keine öffentliche Verbindung zwischen der Tunicastraße und dem Hasenwinkel mehr.

Als Entlastung plant die Verwaltung eine Fußgänger- und Radfahrerverbindung über das Sportplatzgelände der Tunicahalle von der Tankstelle am Wendenring zum Hasenwinkel. Des weiteren wird bis zum Ende der Baumaßnahmen auch der Teilabschnitt des Ringgleises zwischen Ringgleisbrücke entlang von BS-Energy vorbei am Kleingartengelände bis zur Reiherstraße/Hamburger Straße (Fertigstellung noch 2017 geplant) als Fuß- und Radwegeverbindung von der Oker zum Hasenwinkel zur Verfügung stehen. Da in diesem Zusammenhang auch der Schmutzwasserkanal von der Feuerwehrstraße bis zum Wendenring erneuert wird, soll die Schließung dieser Straßenverbindung für den Verkehr erst nach Beendigung aller Baumaßnahmen erfolgen. Auch die Erreichbarkeit aller Grundstücke für Anwohner und Geschäftsbetriebe wird in dieser Zeit durch besondere Maßnahmen gewährleistet sein.

Peter Kranz



Ausschnitt aus der Übersichtskarte
Grafik: Stadt Braunschweig - Open
GeoData, 2016, Lizenz: dl-de/by-2-0



Vorhaben- und Erschließungsplan.

Grafik: LGLN (Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfburg)

Aktuelles aus und um die TU Braunschweig

Saniertes Studentenwohnheim: Es wurde 1976 gebaut und die vergangenen 3 Jahre saniert: Das Studentenwohnheim am Rebenring, was vielen unter dem Namen "Affenfelsen" bekannt sein dürfte. In den etwa 660 Apartments leben 845 Bewohner, die sich über frisch renovierte Zimmer und Flure freuen. Die Sanierung hat 37 Millionen Euro gekostet und fand größtenteils im Inneren des Wohnheims statt. Deshalb sind abgesehen von einigen bunten Farbakzenten keine Veränderungen an der Außenfassade ersichtlich. Die Sanierung hat sich auch auf die Mietpreise ausgewirkt. Kostete ein 15 m² Zimmer früher 232 Euro, sind es nun 356 Euro (inklusive aller Nebenkosten).

Flüchtlingsunterkunft Mendelssohnstraße: Im März beschloss der Rat der Stadt, dass die in Hondelage, Lamme, Ölper und an der TU (Mendelssohnstraße) für Flüchtlinge geplanten Unterkünfte anderweitig genutzt werden dürfen. Das noch nicht fertiggestellte Gebäude in der Mendelssohnstr. in der Nordstadt sowie der Bau in Ölper werden vom Studentenwerk Ostniedersachsen genutzt, um 106 weitere Wohnheimplätze zu schaffen. Die Verträge sind mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten versehen, da nicht abzusehen ist, wie sich die Anzahl der Flüchtlinge zukünftig entwickeln wird. Somit können die Unterkünfte ihrem ursprünglichen Zweck zurückgeführt werden, sollte es dringenden Bedarf geben.

Neuer Platz: Seit März steht das Schild und der bis dahin offiziell namenlose Platz am Zentralcampus zwischen Universitätsbibliothek, Forumsgebäude und Audimax (Auditorium maximum, Kurzform für den größten Hörsaal einer Hochschule) heißt nun „Universitätsplatz“. Einige kannten ihn unter „Forumsplatz“, allerdings stand diese Bezeichnung nie im Kataster, dem amtlichen Grundstücksverzeichnis, der Stadt Braunschweig. Im Gegensatz zum neuen „Universitätsplatz“. Der Vorschlag den Platz erstmalig auch offiziell zu benennen kam von der TU Braunschweig, die sich an die Stadt Braunschweig wandte. Da die Benennung von Straßen in die Zuständigkeiten des Stadtbezirksrats fallen, beschloss im Juni 2016 der Stadtbezirksrat der Nordstadt die Benennung.

Neue Präsidentin: Nach zwölf Jahren Amtszeit ist Professor Jürgen Hesselbach nicht mehr Präsident der TU Braunschweig, denn die TU hat eine neue Präsidentin: Professorin Anke Kaysser-Pyzalla. Sie ist Materialwissenschaftlerin (Fachrichtung des Maschinenbaus) und war zuvor wissenschaftliche Geschäftsführerin des Helmholtz-Zentrums für Materialien und Energie in Berlin. Sie ist mit ihrer Ernennung die erste Frau an der Spitze einer der TU9-Universitäten (der Zusammenschluss neun führender Technischen Universitäten in Deutschland).

Neue Juso-Hochschulgruppe: Zu Beginn des Sommersemesters 2017 haben TU-Studenten/-innen der Jusos im Bezirk Braunschweig eine Juso-Hochschulgruppe an der TU-Braunschweig gegründet. Gemeinsam wollen sie sich in die Hochschulpolitik der Uni einbringen und dabei sozialdemokratische Werte vertreten. Im Fokus ihrer Arbeit steht dabei die Chancengleichheit im Studium, die durch eine starke Studienfinanzierung und ein gebührenfreies Studium ermöglicht wird. Dies ist aktuell zwar weitgehend umgesetzt, bleibt aber keine Selbstverständlichkeit. Zudem bieten den Jusos Themen wie sozialer Wohnungsbau, Campusbahn und Anwesenheitspflicht viel Potenzial für ihr Engagement. Dazu wünschen wir als SPD Ortsverein Nordstadt alles Gute und viel Erfolg.

Frederik Pannen, Andrea Thiele



Die neue Juso Hochschulgruppe an der TU Braunschweig
Foto: privat

Mehr sozial geförderter Wohnraum auch in der Nordstadt

Das von der SPD-Ratsfraktion im September 2016 in Auftrag gegebene „Kommunale Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ wurde Ende März im Rat der Stadt mit breiter Mehrheit beschlossen.

Dieses Konzept liefert der Verwaltung eine Reihe von Instrumenten, mit denen in Braunschweig zumindest ein Teil des dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums geschaffen werden kann.

Ergänzend zu der bereits im Planungs- und Umweltausschuss am 15. März mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossenen Vorlage der Verwaltung hatte Nicole Palm in den Rat gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine weitere Vorlage eingebracht, die einige der im Konzept vorgesehenen Instrumente zusätzlich konkretisiert. Auch dieses Konzept wird einige Jahre brauchen, um richtig greifen zu können. Die Ergänzungen sollen verschiedene Wege aufzeigen, um punktuell eine deutlich schnellere Umsetzung zu ermöglichen. Vorgesehen ist, im kommunalen Wohnbauförderprogramm den Kreis der Förderberechtigten um kleine Investoren und private Bauherren ab einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten zu erweitern. Hierbei soll ein direkter Zuschuss sofort oder nach einer kurzen Darlehenszeit gezahlt werden. Ziel ist es, dass nicht wie bisher durch die Landesförderung nur die großen Woh-

nungsgesellschaften, sondern auch kleinere Gesellschaften, wie die in Braunschweig in einer Vielzahl vorhandenen kleinen und mittelgroßen Wohnungsgenossenschaften, und private Vermieter profitieren und einen Anreiz erhalten, sozial gebundenen Wohnraum zu schaffen, der dann unter Vorlage eines Wohnberechtigungsscheines angemietet werden kann. Weitere Komponenten sind die Einführung eines Sanierungszuschusses, um Mieterhöhungen durch Neuvermietungen zu vermeiden und der Ausbau der Anlaufstelle für Wohnungssuchende, die zusätzlich zu einer eigenen Beratung auch Gutscheine für Beratungen beim Mieterverein oder der Verbraucherberatung ausgeben soll.

Für die Nordstadt heißt das, dass bei allen zukünftigen Neubauvorhaben ein Mindestanteil von 20% sozial gefördertem Wohnungsbau geplant und gebaut werden muss. Nur im Ausnahmefall darf diese Quote auf 10% gesenkt werden, beispielsweise dann, wenn ein Bauherr die komplette Finanzierung der sozialen Infrastruktur (also zusätzliche Kindergärten- und Schulplätze) übernimmt oder

sonstige Maßnahmen umsetzt, die dem Gesamtquartier zu Gute kommen (z.B. Bau eines Nachbarschaftstreffs oder eines Jugendplatzes). Beim derzeitigen Neubau im 1. Bauabschnitt des nördlichen Ringgebiets werden die 20 % sozial geförderten Wohnungsbaus bereits umgesetzt, wobei 10% direkt im neuen Quartier entstehen und 10% im angrenzenden Siegfriedviertel ausgewiesen werden. Auch die Firma Staake Investment realisiert im Baugebiet Mittelweg-Südwest (ehemaliges BZ-Gelände) 10% sozial geförderten Wohnungsbaus, vorrangig im Rahmen so genannter Mikroappartements, die dann Ein-Personen-Haushalten zur Verfügung stehen.

Die Stadt Braunschweig nimmt damit eine Aufgabe wahr, die im Wesentlichen von Land und Bund finanziert werden müssten. Wir fordern daher, dass das Land seiner Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum in den Kommunen zu ermöglichen, noch stärker gerecht wird und die vom Bund bereitgestellten Mittel komplett als Zuschussförderung an die Kommunen weitergibt.

Nicole Palm

Leben in Nordstadt - Das Haus der Kulturen

Das Haus der Kulturen übernimmt als Ort der Vielfalt die Aufgabe, positiver Botschafter für interkulturelles Leben innerhalb Braunschweigs zu sein. Dazu gehören Veranstaltungen, die gewohnte Denkmuster erweitern und neue Perspektiven ermöglichen wie auch Seminare, die nicht die trennenden Unterschiede betonen, sondern den Blick auf die Gemeinsamkeiten von Menschen werfen.



Das Haus der Kulturen. Foto: privat

Da es für die Verwirklichung der interkulturellen Arbeit kein ausgefeiltes, lehrbuchartiges Konzept gibt, versteht der im Haus ansässige Verein interkulturelle Arbeit als Prozess, bei dem es gilt, sich vorwärts zu tasten, immer wieder zu korrigieren, neu auszurichten und neue Blickwinkel zu erfassen.

Das Konzept gliedert sich demnach in drei Bereiche – der multikulturellen, der interkulturellen und transkulturellen Arbeit.

Multikulturelles Angebot: Das Haus der Kulturen bietet Menschen mit Migrationshintergrund Unterstützung zur Ausübung ihrer eigenen Kultur unter Berücksichtigung

freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dazu bietet der Verein in seinen Räumlichkeiten Einzelpersonen und Organisationen die erforderliche Infrastruktur und darüber hinaus Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Interkulturelles Angebot: Ein weiteres Ziel des Vereins ist der Austausch verschiedener Kulturen untereinander, der in die gesamte Gesellschaft hineingetragen werden soll. Hierfür gibt es die Möglichkeit Veranstaltungen zu besuchen, die die Kooperation der kulturellen Gruppen fördern. Außerdem gibt es einen offenen Bereich im Haus, der zum Kennenlernen in lockerer Atmosphäre einlädt.

Transkulturelles Angebot: Es gibt diverse Ausdrucksformen, in der sich alle Kulturen in unterschiedlicher Weise artikulieren können. Daher besteht eine weitere Aufgabe darin, die verschiedenen Richtungen zusammenzuführen, um etwas neues, noch nie Dagewesenes in einer neuen Qualität entstehen zu lassen. Beispiele hierfür sind Musik, Essen, Sprache und Architektur.

Enrico Hennig

Haus der Kulturen
Braunschweig e.V.
Am Nordbahnhof 1

Öffnungszeiten KulturCafé
dienstags bis freitags
9 bis 17 Uhr

Mitglied werden? Geht ganz einfach:

Mehr Infos unter
<https://www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden>

oder direkt vor Ort beim SPD-Ortsverein Nordstadt.

Mitmachen lohnt sich

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die wichtigsten Werte der Sozialdemokratie – seit über 150 Jahren schon. Auch in einer Welt, die sich schnell verändert und immer neue politische Lösungen braucht, haben sie Bestand. Wir sind mehr als 450.000 Frauen und Männer aus allen Generationen, allen Bevölkerungsgruppen und allen Regionen unseres Landes. Wir alle sind überzeugt, dass es besser gehen kann.

Wir wollen Handeln statt nur zu Reden. Und das passiert auch. Wir Sozialdemokratinnen und –demokraten sind auf vielen Ebenen aktiv und mischen uns ein. Wir gestalten unsere Gesellschaft und leben Demokratie. Tagtäglich. Zum Beispiel in der Lokalpolitik, wo wir uns in Vereinen und anderen Organisationen, in den Gemeinde-, Bezirks- und Stadträten engagieren, für Demokratie und eine sozialere Gesellschaft eintreten. Wir bestimmen mit, wo Wohnungen errichtet, Straßen saniert oder Kindergärten und Schulen erweitert werden.

Vieles ist möglich, wenn alle gemeinsam anpacken. Das lohnt sich.

Jens Dietrich

Friede den Hütten... oder was ist gerecht?

Hoherfreut stelle wohl nicht nur ich fest, dass die Themen gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit wieder stärker in der politischen Debatte stehen und hoffentlich auch den Bundestagswahlkampf 2017 prägen werden. Doch während es für die Messbarkeit der Ungleichheit reichlich Zahlenmaterial gibt, bleibt die Antwort auf die Frage „Was ist gerecht?“ meist unscharf und oft eher gefühlsbetont. Was jedoch klar ist, ist die Tatsache, dass in den letzten neoliberal geprägten Jahrzehnten auch der Gerechtigkeitsbegriff allzu oft und ohne Not auf Chancengerechtigkeit und damit den gleichen Zugang zu Bildung oder Jobs verengt worden ist. Dies kann und darf aber nicht die endgültige sozialdemokratische Antwort auf diese Frage sein.

Wie könnte eine zugegebene knappe Antwort darauf also aussehen? Zunächst ist festzustellen, dass die Sozialdemokratie klassischerweise einmal unter sozialer Gerechtigkeit die Verklammerung von Verteilungs-, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gesehen hat. Dabei sollte die Verteilungsgerechtigkeit das notwendige Fundament bilden. Wir brauchen Umverteilung von oben nach unten, damit die Kinder der Arbeiterklasse – heute würde

man wohl eher den aus meiner Sicht verunglückten Begriff der sogenannten bildungsfernen Schichten verwenden – auch vernünftig lernen können und damit überhaupt die Chance zum gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg haben. So schwierig dieser soziale Aufstieg heutzutage auch wieder geworden ist, ohne gute Schul-, Berufs- oder Hochschulbildung ist dieser so gut wie gar nicht zu bewerkstelligen.

Verteilungsgerechtigkeit war und ist damit die Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und diese wiederum ist Voraussetzung für die spätere Leistungsgerechtigkeit, die sich dann oft sehr konkret in unterschiedlicher Bezahlung im Berufsleben niederschlägt. Dieser Zusammenhang ist auch der Sozialdemokratie in den 1990er und den Nullern Jahren abhanden gekommen. Teilweise werden bis heute die aufeinander aufbauenden Gerechtigkeitsbegriffe eher gegeneinander als zueinander gestellt. Sprich, die Betonung der Chancengerechtigkeit lässt die Verteilungsgerechtigkeit in den Hintergrund treten.

Glücklicherweise ist in der offenen politischen Debatte ja nichts bis in alle Ewigkeit in Stein gemeißelt und so hege ich die berechtigte Hoffnung, dass auch die

„alte Tante“ SPD wieder klarer sieht, wo das Fundament einer sozial gerechten Gesellschaft liegt. Die Datenlage spricht da eine eindeutige Sprache. Wer etwa die aktuelle Vermögensverteilung in Deutschland, bei der die oberen 10 Prozent über 60 Prozent des Vermögens verfügen, oder die Bezahlung von DAX-Vorständen für gerecht hält, hat zumindest eine fundamental andere Gerechtigkeitsvorstellung als ich und vermutlich auch eine deutliche Mehrheit der deutschen Gesellschaft. Auch zur Glücksforschung kann man ja stehen wie man will. Dass der aktuelle UN- Weltglücksreport aber wie schon in den Jahren zuvor hauptsächlich skandinavische Länder vorne sieht (1. Norwegen; 2. Dänemark; 3. Island), kann man aber wohl nur schwerlich für Zufall halten. Handelt es sich doch um die Länder mit den weltweit am besten ausgebauten Wohlfahrtssystemen und der größten gesellschaftlichen Gleichheit. Frei nach dem Motto „Verteilungsgerechtigkeit ist nicht alles, aber ohne Verteilungsgerechtigkeit ist alles nichts“ muss die Verteilungsfrage trotz aller Widerstände wieder stärker ins Zentrum sozialdemokratischer Politik rücken!

Jan Müller